

Palästina: der Traum vom Staat

Liebe Leserinnen und Leser,

weltweit wurde der Gang der Palästinenserinnen und Palästinenser zur UNO, um den Staat Palästina als 194. Staat der Welt anerkennen zu lassen, stark beachtet und unterstützt. Israel, die USA und Deutschland lehnen diesen Schritt ab. Wir haben dazu den neuen palästinensischen Generaldelegierten in Deutschland, Salah Abdel Shafi, befragt (Seite 4). Im Alltag unterliegen die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten weiterhin der israelischen Kontrolle. Lesen Sie dazu den Beitrag auf Seite 5.

Ihre Redaktion

Pro-Staat-Palästina Demonstration
am 19. September 2011
in Betlehem/Westbank

Foto: Rainer Fielenbach



Inhalt

Hintergrund: UN-Antrag	Seite 1
Kurzmeldungen aus Palästina	Seite 2
Deutsche und EU-Nahostpolitik	Seite 2
Kommentare	Seite 3
Veranstaltungen	Seite 3
Titel: Interview mit Salah Abdel Shafi zum UN-Antrag	Seite 4
Das Leben der Palästinenser unter israelischer Besatzung	Seite 5
Weltweite Solidarität	Seite 6
Bücher und Filme	Seite 7
Kunst	Seite 8
Projekt	Seite 8
Impressum	Seite 8

UN-Antrag: „Gefühl der neu empfundenen Freiheit und der neu gewonnenen Würde“

Der September 2011 war in der Westbank von einer besonderen Atmosphäre der Freude, Feier und Entspannung gekennzeichnet. Würde Mahmoud Abbas sein Versprechen halten und die UN-Anerkennung für einen palästinensischen Staat beantragen oder würde er doch zuletzt unter dem Druck der Westmächte darauf verzichten? In Betlehem wurden Fahnen gehisst, auf den Straßen wurde, wie bei Hochzeiten oder bei einer gewonnenen Wahl, gehupt. Es herrschte das Gefühl der freudigen Erwartung. Ein Gefühl, das seit langem nicht mehr zum Vorschein kam.

Doch das Hupen und das Feiern dauerte nicht lange an. Niemand dachte wirklich, dass jetzt oder in absehbarer Zeit ein palästinensischer Staat entstehen, oder dass die Besatzung bald beendet sein würde. Würde sich etwas ändern, so spürten es die Menschen, könnte es nur noch schlimmer kommen. Das angekündigte Kürzen der Wirtschaftshilfe durch den US-Kongress, die "Strafen" der israelischen Regierung sowie die Drohungen des Parlaments könnten die Palästinenser in den besetzten Gebieten in eine noch größere Unsicherheit stürzen. Davon wäre selbst die Palästinensische Autonomiebehörde beeinträchtigt, wie Abbas in seiner Rede vor der UN erwähnte. Das Empfinden von Unsicherheit und Sorge war aber nicht dominierend. Es herrschte eher das Gefühl der neu empfundenen Freiheit und der neu gewonnenen Würde. Die Diskussion über die Strafe kam gerade passend, weil der UN-Beitrittsantrag zeigte, dass die gegenwärtige palästinensische Führung bereit und fähig ist, zu verweigern. Sie wagte es, herauszufordern. Wir wissen, wozu das alte bössartige Spiel gut gewesen ist. Eigentlich ging es nur darum, den Konflikt zu „verwalten“ und eine neue Intifada gegen die Besatzung und eine von vielen politischen Beobachtern befürchtete „Explosion“ zu verhindern. Es geht weiterhin um die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Autonomiebehörde. Arglistig ist auch der Kontext: Ein ameri-

kanisch dominierter Friedensprozess, der zu nichts geführt hatte, und praktisch als Deckmantel für die Fortsetzung von Kolonialisierung der Westbank und Strangulierung von Gaza dient. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PNA) kann es sich auf Dauer nicht leisten, an dem bekannten Muster festzuhalten, den Friedensprozess als Mittel zu verwenden. Die PNA entschied endlich, die Palästina-Frage auf die politische Weltbühne zu heben und vor die Zivilgesellschaft zu bringen. Die geopolitischen Faktoren, die Mahmoud Abbas und die PNA-Führung dazu veranlassten, einen Paradigmenwechsel zu wagen, sind eindeutig. Dazu gehört der Arabische Frühling, der einen neuen Sinn für Verantwortlichkeit mit sich brachte. Auch das zunehmende Trotzen der Türkei gegenüber der israelischen Politik, gehört dazu. Mubarak, der eine eigennützige Strategie gegenüber Abbas und der palästinensischen Politik betrieb, ist nicht mehr im Amt. Und nun zeichnet sich eine türkisch-ägyptische Achse im östlichen Mittelmeer ab. Schließlich zeigen sich die USA selbst als unfähig, zumindest bislang, die neue Macht auf ihre Interessen zu lenken. Neben diesen unterschiedlichen Umständen hat sich der Friedensprozess selbst längst erschöpft. Unter den Palästinensern herrscht die Meinung, dass der Friedensprozess zu lange gedauert habe und er primär das Ziel verfolge, den Palästinensern langsam aber sicher den Boden und ihre Rechte zu rauben. Seit langem ist bekannt, dass Mahmoud Abbas nicht mit der Geschichte des Volkes und der Befreiung identifiziert wurde. Die Menschen in der Westbank sind schon lange müde und leiden unter dem ständigen Druck der Besatzung. Zur gleichen Zeit erwachte die innere Entschlossenheit durch die interfraktionelle Politik von Hamas und PLO und die ständige Gefährdung der PNA-Führung unter dem enormen externen Druck. Manche Menschen unter der Besatzung waren eher dem wirtschaftlichen Frieden und dem individuellen Profit verbunden. Die Mehrheit allerdings erkannte, dass weder endlose Verhand-

lungen noch ein kontraproduktiver bewaffneter Kampf zur wahren Befreiung führen würden. Und dennoch konnten sie keine klare Alternative ausmachen. Solange es kein Gefühl dafür gab, dass eine neue Seite aufgeschlagen wird, gibt es keinen verstärkten Sinn für Würde und Bewusstsein, für Offenheit auf neue Möglichkeiten. Sollte tatsächlich ein neues Paradigma die palästinensische Politik beeinflussen? Was sind dann seine Konturen? Die Auseinandersetzung mit der globalen Zivilgesellschaft ist nicht die Folge von Eingaben Dritter, sondern erfolgt, indem die palästinensische Geschichte in den Mittelpunkt gestellt wird. Hier geht es um Anspruch und Darstellung der vielen individuellen und gesellschaftlichen palästinensischen Geschichten, die die nationale Geschichte ausmachen. Regionale Proteste gegen die Besatzung und der Arabische Frühling zwangen die Behörden, die Geschichten der Menschen zu beachten und in ihre eigene Politik einzubeziehen. Das Drama der UN- und der Sicherheitsrats-Abstimmung fügt einen weiteren beachtlichen Teil zu diesen Geschichte hinzu. Diese Geschichten auf dem Boden des organisierten und friedlichen Widerstandes erfahren mehr oder weniger Zustimmung; sie sind aber stets präsent. Die wöchentlichen Demonstrationen in den palästinensischen Dörfern gegen die Mauer, wie in Bil'in, oft mit narrativer Phantasie und Dramatik versehen, entfachen internationale und lokale Solidarität im Angesicht der bis an die Zähne bewaffneten Soldaten. Die Initiativen nach Gaza zu segeln und das Risiko eines Militärangriff in Kauf nehmend, um Nothilfe dorthin zu bringen, ist ein grundsätzliches menschliches Ziel, bedrängte und belagerte Menschen zu unterstützen. Im Frühjahr dieses Jahres gab es mutige palästinensische Flüchtlinge aus Syrien und dem Libanon, die unbewaffnet ihr Recht auf Rückkehr demonstrierten, indem sie die Grenze überquerten und die israelische Armee konfrontierten. Auch das Boykottieren israelischer Produkte, die die Besatzung aufrechterhalten, ist eine weitere Geschichte von Menschen, sich dagegen zu wehren. Eine Inspiration aus

der Anti-Apartheidsgeschichte Südafrikas. Es sind die vielen Geschichten von Frauen, die ihre Seele nicht verloren haben, die ihre Standfestigkeit, arabisch „Sumud“, manifestieren und die die Anerkennung der Weltöffentlichkeit durch die Medien erfahren. Was die nationale Geschichte wieder aufleben lässt, sind die Elemente des menschlichen Widerstandes und der Befreiung anstelle eines aufgezwungenen Skripts, die auch in Abbas UN-Rede zu finden waren: „Was immer Du mir sagst, was ich tun soll, ich habe meine Rechte und werde dafür kämpfen!“ Es ist die Bereitschaft pro aktiv zu sein angesichts der großen Verunsicherung und der vielen Hindernisse auf dem Weg der Befreiung. Das Potenzial der nationalen Geschichte kann verstärkt werden. Hierfür ist eine Anbindung an den Arabischen Frühling und die „Wiedererweckung“ – Metapher für Potenziale – unerlässlich, was eine starke Verbindung zum arabischen Volk beinhaltet und für moralische und finanzielle Unterstützung notwendig ist. Dazu gehört eine nationale Einheit, die nicht nur als Slogan existiert, sondern als Einigung zwischen allen Schichten, nicht nur zwischen Fatah und Hamas. Dabei muss es um Umstrukturierung und demokratische Reformen innerhalb der PLO, freie Wahlen für alle Palästinenser und eine palästinensische Führung gehen, die die Interessen des Volkes und ihre mutigen „Sumud-Geschichten“ vertritt. Unabdingbar ist ein spürbarer Druck auf die arabischen Regime in der direkten Nachbarschaft und in den Golfstaaten, um den Standards der Doppelmoral der USA etwas entgegen setzen zu können. Deren Politik besteht stets darin, den Palästinensern Finanzmittelkürzungen anzudrohen und zwar immer dann, wenn die palästinensische Nation ihre Selbständigkeit (wie bei der UNESCO) beansprucht. Darüber hinaus bedarf es der moralischen und der materiellen Unterstützung der gesamten Zivilgesellschaft. Der palästinensische gewaltfreie Kampf für Befreiung ist in vielfältiger Weise mit der lokalen, regionalen und globalen Umwelt verbunden. Dieser Schritt verlangt den Palästinensern

noch mehr Opferbereitschaft ab. Die ökonomischen Verhältnisse können sich im Zuge des UN-Mitgliedschaftsantrages verschlechtern, aber gleichzeitig tritt die palästinensische Geschichte der Befreiung wieder in den Vordergrund. Wird es so bleiben? Das wissen wir nicht. Sicher ist, dass ein neues Bewusstsein für eine offene Zukunft, ein Bewusstsein für Sumud oder Hoffnung sich an die Stelle eines Verhaftetseins in der Vergangenheit gesetzt hat. Diese Entwicklung hat nicht nur mit dem UN-Antrag zu tun; sie ist verwoben mit den zahlreichen Geschichten von Individuen und Gemeinden auf ihrer Suche nach Freiheit und Würde vor Ort und im internationalen Kontext.

Toine van Teeffelen ist Anthropologe und Mitarbeiter des Arab Educational Institute in Betlehem. Er lebt seit vielen Jahren in Betlehem und ist mit einer Palästinenserin verheiratet.

Übersetzung: Nazih Musharbash

Yassir Arafat



"Sorgen Sie dafür, dass Israel eine einzige UNO-Resolution seit 1967 umsetzt, dann garantiere ich Ihnen, dass wir Frieden haben werden!"

Der ehemalige PLO-Führer und palästinensische Präsident Yassir Arafat in einem Gespräch während seines Hausarrests im Jahr 2001 in Ramallah auf die Frage, wie es zu einem Frieden zwischen Israelis und Palästinensern kommen könne.

Nachrichten aus Palästina



Vereinte Nationen A/66/371–S/2011/592

Auszüge aus dem Antrag vom 23. September 2011 des Staates Palästina auf Aufnahme in die Vereinten Nationen:

Antrag

Dieser Aufnahmeantrag wird auf der Grundlage der natürlichen, rechtmäßigen und historischen Rechte des palästinensischen Volkes und auf der Grundlage der Resolution 181 (II) der Generalversammlung vom 29. November 1947 sowie der Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina vom 15. November 1988 und der Anerkennung dieser Erklärung durch die Generalversammlung in Resolution 43/177 vom 15. Dezember 1988 vorgelegt. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Staat Palästina sein Bekenntnis zur Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und umfassenden Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage der Vision zweier Staaten, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, einer Vision, die sich der Sicherheitsrat und die Generalversammlung der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft als Ganzes zu eigen gemacht haben und die auf dem Völkerrecht und allen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen beruht.

Erklärung

In Verbindung mit dem Antrag des Staates Palästina auf Aufnahme in die Vereinten Nationen beehre ich mich, in meiner Ei-

genschaft als Präsident des Staates Palästina und Vorsitzender des Exekutivausschusses der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzigen rechtmäßigen Vertreterin des palästinensischen Volkes, feierlich zu erklären, dass der Staat Palästina eine friedliebende Nation ist, die die Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen übernimmt und gelobt, sie zu erfüllen.

Schreiben des Präsidenten

Nach Jahrzehnten der Vertreibung, der Enteignung und ausländischer militärischer Besetzung, der mein Volk ausgesetzt war, und angesichts des erfolgreichen Abschlusses unseres von der internationalen Gemeinschaft, einschließlich des Quartetts für den Nahost-Friedensprozess, unterstützten Programms der Staatsbildung bereitet es mir großen Stolz und ist mir eine Ehre, Ihnen einen Antrag des Staates Palästina auf Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen vorlegen zu dürfen. Der Aufnahmeantrag Palästinas erfolgt im Einklang mit den Rechten der Palästinaflüchtlinge nach dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, namentlich der Resolution 194 (III) der Generalversammlung aus dem Jahr 1948, und dem Status der Palästinensischen Befreiungsorganisation als der einzigen rechtmäßigen Vertreterin des palästinensischen Volkes. Die palästinensische Führung bekräftigt die historische Selbstverpflichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation vom 9. September 1993. Ferner ist die palästinensische Führung entschlossen, die Verhandlungen über alle Fragen betreffend den endgültigen Status – Jerusalem, die Palästinaflüchtlinge, Siedlungen, Grenzen, Sicherheit und Wasser – auf der Grundlage des von der internationalen Gemeinschaft unterstützten Rahmens, darunter die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, die Grundsätze von Madrid, einschließlich des Grundsatzes Land gegen Frieden, die Arabische Friedensinitiative und der Fahrplan des Quartetts, der ausdrücklich das Einfrieren jeglicher israelischer Siedlungstätigkeit verlangt, erneut aufzunehmen.

*(gezeichnet) Mahmoud Abbas
Präsident des Staates Palästina
Vorsitzender des Exekutivausschusses der
Palästinensischen Befreiungsorganisation*

PLO-Status erhalten

Aus Sorge um den Verlust palästinensischer Rechte haben einige palästinensische Menschenrechtsorganisationen, darunter die Flüchtlingsinitiative BADIL, die Stoppt die Mauer Kampagne in Ramallah, Addameer und das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte Kritik an der UN-Initiative von Palästinenser-Präsident Abbas zur Anerkennung eines Staates Palästina geübt. Bislang ist die PLO die Vertreterin des palästinensischen Volkes in der UNO. Wenn diese Vertretung auf die Autonomiebehörde übergehe, wären die im Exil lebenden palästinensischen Flüchtlinge nicht mehr mitvertreten, befürchten die Organisationen.

Anschlag in Israel

Es bleibt weiter unklar, wer für den Anschlag vom August 2011 in Eilat verantwortlich ist. Bei dem Terrorakt nördlich von Eilat wurden acht Israelis getötet. Al Masri Al Youm, eine unabhängige liberale ägyptische Zeitung hat berichtet, dass mindestens drei der Eilat-Angreifer Ägypter waren und keine Palästinenser aus Gaza, wie die israelische Regierung behauptet hatte. Israel reagierte mit Angriffen gegen den Gazastreifen. Ein Jugendlicher wurde dabei getötet und 17 Menschen verletzt. Zwei ägyptische Grenzbeamte wurden ebenfalls getötet.

USA stoppen Hilfgelder

Laut Informationen der britischen Tageszeitung "The Independent" haben drei Komitees des US-Kongresses beschlossen, Zahlungen in Höhe von 200 Millionen US-Dollar an die Palästinensische Autonomiebehörde einzustellen. Der Beschluss war eine Antwort des Antrages von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas am 23. September vor den Vereinten Nationen, in dem er einen Sitz für einen palästinensischen Staat forderte. "The Independent" nannte den Schritt das bisher eindeutigste Zeichen, dass die USA mit ihren Drohungen ernst machen. Das Geld sollte für Projekte in der Nahrungshilfe, Gesundheitsversorgung und Behördenineffizienz eingesetzt werden. Laut dem Bericht ist die Regierung Obamas nicht in der Lage den Zahlungsstopp zu kippen, wenn es ihr, nicht gelingt den Kongress vom Gegenteil zu überzeugen.

Unesco-Vollmitgliedschaft

Der Unesco-Exekutivrat hat im Oktober mit großer Mehrheit für die Vorlage des Aufnahmeantrags bei der Generalkonferenz gestimmt. Damit Palästina Mitglied werden kann, müssen dort zwei Drittel zustimmen. Nach Angaben aus Diplomatengruppen stimmten mit Deutschland, den USA sowie Lettland und Rumänien nur vier von 58 Exekutivrats-Mitgliedern gegen den palästinensischen Vorstoß. Sie begründeten ihr «Nein» damit, dass eine Aufnahme den Friedensprozess mit Israel belasten könnte, hieß es. 14 Staaten enthielten sich.

Vertreibung von Palästinensern

Laut Beobachtungen der UN über Vertreibungen von Palästinensern in der Westbank werde Israel "mehr und mehr effizienter". Die Anzahl vertriebener Palästinenser im September hat sich im Vergleich zum Juli verdreifacht. Nach dem inoffiziellen Aufschub der Hauszerstörungen während des heiligen Fastenmonats Ramadan im August, wurden im September 990 Menschen obdachlos gemacht, darunter 439 Kinder. Im Juli lag die Zahl der Vertriebenen hingegen bei 247.

Ein Drittel der Vertriebenen musste fliehen, da Israel neuerdings Wassertanks zerstört. Da die Palästinenser unter einem ständigen Wasserproblem leiden, sind nach der Zerstörung dieser Tanks Hauszerstörungen überflüssig. Von den gesamten Wasserreserven im Westjordanland werden den Palästinensern 5% - 10% gewährt; der Rest geht an israelische Siedler. Dadurch werden ganze Populationen zum Weiterziehen gezwungen, so der UNRWA Bericht. UNRWA Sprecher Gunness verdeutlicht die Verhältnisse: "Ein großer Wassertank wird oft von bis zu 300 Menschen genutzt." Am meisten leiden Palästinenser in der Zone C unter den Hauszerstörungen. Die Zone C steht offiziell wie faktisch unter israelischer Kontrolle und Verwaltung. 60% der gesamten West Bank sind Zone C. Palästinenser in dieser Zone müssen sich eine Erlaubnis einholen, um bauen zu dürfen. Die Statistiken der UNRWA zeigen, dass 94% aller Anfragen zurückgewiesen werden. Dadurch bleiben Palästinenser, deren Häuser zerstört wurden, meist obdachlos oder werden zu Flüchtlingen.

HeidelbergCement

HeidelbergCement schweigt bislang zu Vorwürfen, am illegalen Bergbau und dem Transport von Baumaterial aus den Steinbrüchen von Yatir- und Nahal Raba in der besetzten Westbank nach Israel beteiligt zu sein. Die mexikanische Baufirma CEMEX hingegen bestätigte, dass ihre Tochtergesellschaft Lime & Stone eine Partnerschaft mit den Kfar Giladi-Steinbrüchen hat, die im Yatir-Steinbruch operiert. Der Yatir-Steinbruch liegt in den südlichen Hebronhügeln der besetzten Westbank. CEMEX erklärt, dass die Zivilverwaltung in Judäa und Samaria (Westbank) die Genehmigungen erteilte und die Lizenzgebühren für den Yatir-Steinbruch erhält. Doch ist diese Regelung gegen das Völkerrecht. CEMEX bestätigte auch den Betrieb von drei Transportbetonwerken in den Siedlungen von Mishor Adumim, Mevoh Horon und Atarot durch seine israelische Tochtergesellschaft Ready Mix. Die Firma stellt fest, dass nach den Oslo-Abkommen die Fabriken "in Gebieten unter israelischer Kontrolle und Verantwortung sind, bis ein permanentes Abkommen zwischen den Parteien erreicht wird".

Neue israelische Siedlung

Im Jerusalemer arabischen Stadtteil Beit Safafa soll eine völlig neue jüdische Siedlung gebaut werden. 2.610 Wohnungen sollen sofort in der Givat Hamatos genannten Siedlung zwischen den Siedlungen Gilo und Har Homa entstehen. Territorial wird damit Bethlehem komplett von Jerusalem abgetrennt. Das Bauvorhaben erfolgt unter voller Kontrolle der israelischen Regierung. Im Augenblick stehen auf dem Gelände 25 mobile Baracken von Siedlern, die die Regierung nicht entfernen ließ.

Kollaps in Gaza

Wikileaks Dokumente zeigen, dass Israel die Wirtschaft von Gaza an den Rand des Kollapses bringen wollte. In einem Schreiben der US-Botschaft in Tel Aviv werden israelische Vertreter zitiert, wonach Gazas Wirtschaft auf den niedrigsten Level gebacht werden soll, auf dem noch eine humanitäre Krise vermieden wird. Die Dokumente zeigen auch, dass die US-Botschaft über die Gaza-Blockade stets informiert wurde.

Deutsche und EU-Nahostpolitik

Merkel kritisiert Netanjahu
Bundeskanzlerin Merkel hat Ministerpräsident Netanjahu in einem Telefongespräch wegen der israelischen Siedlungspolitik erneut kritisiert, wie der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, mitgeteilt hat. Voraussetzungen für einen Erfolg der vom Quartett am 23. September 2011 geforderten Verhandlungen sei es, "dass beide Seiten von provokativen Handlungen Abstand nehmen - in dieser Hinsicht habe ihr jegliches Verständnis gefehlt für die Genehmigung neuer Bauplanungen in Gilo, in der Umgebung von Jerusalem, nur wenige Tage nach der Verabschiedung der Quartett-Erklärung. Diese Genehmigung hätte Zweifel geweckt, ob die israelische Regierung Interesse an der Aufnahme ernsthafter Verhandlungen hätte."

Merkel muss deutlicher werden

Es sei nicht ausreichend, dass Merkel den israelischen Siedlungsbau in den Palästinensergebieten verbal kritisiere, sagte der luxemburgische Außenminister Asselborn dem in Berlin erscheinenden "Tagesspiegel". "Der Druck auf die israelische Regierung muss erhöht werden", ergänzte er. Asselborn verlangte eine geschlossene Haltung aller EU-Staaten zu den palästinensischen Unabhängigkeitsbestrebungen. "Es wäre eine Katastrophe für die

Außendarstellung der EU, wenn die europäischen Staaten in der UN-Vollversammlung in der Frage eines verbesserten Status für die Palästinenser keine gemeinsame Haltung finden würden", sagte er der Zeitung. "Aber genau diese Gefahr besteht derzeit", fügte er hinzu.

EU will Staat Palästina und Sicherheit für Israel

Der EU-Ministerrat hat in einem Gedankenaustausch über den Nahost-Friedensprozess im Mai 2011 folgende Schlussfolgerungen gezogen:
- Die berechtigten Bestrebungen der Völker der Region, insbesondere jene der Palästinenser nach einem eigenen Staat und jene der Israelis nach Sicherheit, (müssen) erfüllt werden.
- Die Europäische Union ist tief besorgt über den weiterhin festgefahrenen Friedensprozess und ruft die Parteien zu einer sofortigen Wiederaufnahme direkter Verhandlungen auf, die zu einer umfassenden Lösung auf allen Ebenen führen. Unser Ziel ist nach wie vor eine gerechte und dauerhafte Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt mit dem Staat Israel und einem unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden, souveränen und lebensfähigen Staat Palästina, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben und sich gegenseitig anerkennen. Eine Lösung

für den Status von Jerusalem als künftiger Hauptstadt zweier Staaten muss auf dem Verhandlungsweg gefunden werden. Unter Hinweis auf die Erklärung von Berlin bekundet die EU erneut ihre Bereitschaft, gegebenenfalls einen palästinensischen Staat anzuerkennen.
- Die Europäische Union hat immer wieder zu einer innerpalästinensischen Aussöhnung unter Führung von Präsident Mahmoud Abbas als wichtiges Element für die Einheit eines künftigen palästinensischen Staates und für die Verwirklichung einer Zweistaatenlösung aufgerufen. Die Aussöhnung dürfte langfristig gesehen auch im Interesse Israels sein, indem sie dazu beiträgt, alle Parteien für einen Prozess zu gewinnen, der zu einem tragfähigen Friedensabkommen führt. Die EU begrüßt, dass die palästinensische Aussöhnung zur Einstellung der Raketenangriffe aus dem Gazastreifen geführt hat, und betont nachdrücklich die Notwendigkeit eines dauerhaften Waffenstillstands. In diesem Zusammenhang bekräftigt die EU ihre Forderung nach einer Aufhebung der Abriegelung des Gazastreifens.
- Die EU begrüßt das am 3. Mai 2011 in Kairo unterzeichnete Abkommen. Der Rat würdigt die erfolgreiche Vermittlung der ägyptischen Behörden und ermutigt die Parteien zu weiteren Bemühungen, damit das Abkommen vollständig umgesetzt

wird. Die EU begrüßt, dass Präsident Abbas als Präsident der PLO die Palästinenser bei den Friedensverhandlungen vertreten wird.
- In diesem Zusammenhang ist die EU bereit, sobald die politischen und sicherheitspolitischen Bedingungen dies gestatten die Mission EUBAM Rafah zu reaktivieren, um dafür zu sorgen, dass die EU die Rolle der dritten Partei am Grenzübergang Rafah übernehmen kann, wie dies im Abkommen über die Bewegungsfreiheit und den Zugang von 2005 vorgesehen ist.
- Die EU erwartet, dass sie ihre Unterstützung auch durch direkte Finanzhilfe für eine neue palästinensische Regierung fortsetzen kann, die sich aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammensetzt, die sich den in der Rede von Präsident Abbas vom 4. Mai zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen verpflichtet fühlen. Diese Regierung sollte den Grundsatz der Gewaltlosigkeit wahren und sich weiterhin für eine Zweistaatenlösung und eine friedliche Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf dem Verhandlungsweg einsetzen, wobei frühere Vereinbarungen und Verpflichtungen, einschließlich des Existenzrechts Israels zu akzeptieren sind. Das fortdauernde Engagement der EU für eine neue palästinensische Regierung wird davon abhängen, ob diese neue Regierung sich an diese Politik hält und ihren Zusagen

nachkommt. Die EU ruft die internationale Gemeinschaft, Israel und die regionalen Partner auf, auf dieser Grundlage mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die EU sieht auch der Durchführung von Wahlen erwartungsvoll entgegen.
- Die EU ruft Israel und die Palästinensische Behörde dazu auf, ihre Zusammenarbeit in allen Bereichen fortzusetzen, auch was die Sicherheit und den Transfer von Einkünften anbelangt, und auf Maßnahmen zu verzichten, die Fortschritte und weitere Reformen erschweren könnten.
- Die EU ruft die künftige palästinensische Regierung auf, die Bemühungen der Palästinensischen Behörde beim Aufbau von Institutionen fortzuführen und die gegenwärtigen Standards für eine transparente und effiziente Verwaltung der öffentlichen Mittel beizubehalten, wie sie beständig von den VN, dem IWF und der Weltbank, zuletzt noch beim Treffen der Ad-hoc-Verbindungsgruppe, zu dem die Hohe Vertreterin am 13. April 2011 in Brüssel eingeladen hatte, empfohlen wurden. Die EU begrüßt die Ergebnisse der Berichte, wonach die Palästinensische Behörde die Mindestkriterien für einen funktionierenden Staat in den untersuchten Schlüsselsektoren erfüllt. In diesem Zusammenhang bekundet die EU dem Erfolg der gegenwärtigen Regierung bei der Umsetzung des Plans zum Aufbau des Staates ihre Wertschätzung.

Kommentare

Palästinenser schützen

Alle israelischen Regierungen sind un-nachgiebig entschlossen, die volle Kontrolle über Palästina/Israel vom Mittelmeer bis zum Jordan aufrecht zu erhalten. Damit wird jede gerechte und funktionierende Lösung verhindert, die auf palästinensischen Forderungen nach Selbstbestimmung beruht. Es wird keine Lösung durch Verhandlungen geben, Punkt.

Ich beabsichtige nicht, in das Ein-Staat /Zwei-Staaten-Rätselraten einzusteigen und zu entscheiden, welche Option die Beste ist. Unter bestimmten Umständen könnten beide funktionieren. Ich kann mir mindestens drei bis vier weitere funktionsfähige Optionen vorstellen, darunter auch meine favorisierte Lösung, einen Nahost-Wirtschafts-Staatenbund. Die palästinensische Denkfabrik Passia veröffentlichte vor ein paar Jahren sogar eine Sammlung mit zwölf Lösungsvorschlägen.

Ich will damit verdeutlichen, dass es keineswegs schwierig ist, die grundlegenden Bestandteile einer Lösung zu erkennen. Kurz gefasst lauten sie: Ein gerechter, funktionierender und dauerhafter Friede muss beide Völker einschließen, die in Palästina/Israel leben; Jede Lösung muss jedem Volk eine nationale Identität geben. Es geht nicht einfach nur um eine demokratische Formel, die auf einer Person/einer Stimme beruht. Sie muss die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit für alle Beteiligten bieten; Einer funktionierenden Lösung müssen die Menschenrechte, internationales Recht und UN-Resolutionen zugrunde liegen; Das Flüchtlingsthema, basierend auf dem Rückkehrrecht, muss direkt angegangen werden; Ein funktionierender Friede sollte regional wirksam sein; Er kann nicht einfach nur auf Israel/Palästina begrenzt sein; Und ein gerechter Friede muss die Sicher-

heitsfragen aller Beteiligten und Länder der Region berücksichtigen. Diese sieben Punkte müssen meiner Meinung nach Teil jeder gerechten Lösung sein. Dann könnte eine Konfliktbeilegung viele unterschiedliche Formen annehmen. Angesichts der harten "Tatsachen", die Israel in den Besetzten Gebieten geschaffen hat, wird die internationale Gemeinschaft nicht ausreichend Druck auf Israel ausüben, um zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu gelangen (bei der 78 % des historischen Palästina Israel überlassen würde, ohne ein Rückkehrrecht für Flüchtlinge). Wir, die Millionen, die den palästinensischen Kampf weltweit unterstützen, werden nicht aufgeben, bis die Palästinenser signalisieren, dass sie zu einem Übereinkommen gelangt sind, mit dem sie leben können. Bis dahin bleibt der Konflikt offen und ein globaler Störfaktor.

Ich denke, dass das Leben in den besetzten Gebieten noch schwieriger werden wird, aber vielleicht nähern wir uns endgültig der Belastungsgrenze. Falls dies geschieht, müssen wir an allen Fronten für die Palästinenser da sein: Wir müssen sie schützen, wir müssen unsere Rolle spielen, um die Besatzung unhaltbar zu machen und die Wiederbesetzung zu verhindern; wir müssen als kritische Beobachter bei politischen "Prozessen" handeln, um die Einführung der drohenden Apartheid, die als Zwei-Staaten-Lösung daherkommt, zu vereiteln; wir müssen letztendlich dafür sorgen, dass ein gerechter und anhaltender Friede eintritt.

Jeff Halper

Ja zum Boykott

Sanktionen und Boykottmaßnahmen sind mehrfach zur Disziplinierung von Staaten eingesetzt worden, so gegen Libyen, Irak

und Südafrika. Auch die Bundesregierung und die deutsche Öffentlichkeit haben sich daran beteiligt. Südafrikanische Früchte waren am Ende des Apartheid-Regimes in Südafrika fast völlig aus dem deutschen Markt verbannt.

Der israelische Staat besetzt seit über 40 Jahren völkerrechtswidrig die Westbank, annektiert unrechtmäßig Territorien, die er eigentlich zurückgeben müsste, deportiert die eigentlichen Eigentümer und verstößt dadurch und immer wieder gegen das Völkerrecht. Mit über 2000 Militärverordnungen wird das Leben der palästinensischen Zivilbevölkerung und im Gegensatz zum Alltag der israelischen Siedler beeinträchtigt wie einst in Südafrika. Zudem leistet sich Israel ein zweifaches Rechtssystem: Eines für die jüdische Bevölkerung und eines gegen die Palästinenser. Seit Jahren erfüllt Israel die Kennzeichen eines Apartheidsystems, in dem diskriminiert, getrennt und unterdrückt wird.

Unter "normalen" Umständen wären diese Maßnahmen längst sanktioniert worden, würden sie von einem anderen Staat begangen. Seit Jahren beobachtet die internationale Weltgemeinschaft die israelischen Machenschaften und lässt sie tatenlos geschehen. Warum eigentlich? Israelische Produkte, die in den besetzten Gebieten hergestellt und hier in Deutschland vermarktet werden, müssten normalerweise boykottiert werden. Denn solange Firmen Abnehmer für ihre Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen finden, lohnt sich der Siedlungsbau. Die israelische Regierung hat es aber verstanden, stets auf das deutsche schlechte Gewissen einzuwirken. Solche Boykottaufrufe erinnern sehr schnell an die einstigen Sprüche der Nazis "Kauft nicht bei Juden" und bleiben deshalb nicht nur wirkungslos, sondern werden bewusst als Gegenmittel eingesetzt.

Diejenigen, die sich für das Einhalten von Menschenrechten und Völkerrecht einsetzen, werden als antisemitisch diffamiert, dabei verdienen sie durch ihre couragierte Haltung eher Lob und Anerkennung, so wie einst gegen das menschenverachtende südafrikanische System. Insofern kann Israel für sein menschenverachtendes Vorgehen und für seine diskriminierenden Gesetze nicht eine extra Wurst beanspruchen. Deshalb: Ja zum Boykott! Gegen den Kauf von israelischen Produkten aus den besetzten Gebieten.

Nazih Musharbash

PLO-UN-Initiative gefährdet nicht Existenz Israels

Israel existiert seit mehr als 63 Jahren. Eine Debatte über sein "Existenzrecht" ist deshalb so überflüssig wie ein Kropf und darüber hinaus für das Land auch noch gefährlich. Bis auf einige arabische und islamische Staaten ist Israel vom Rest der internationalen Staatengemeinschaft als Staat diplomatisch anerkannt, und zwar in seinen Grenzen von 1949 (Waffenstillstandsgrenzen). Da Israel bis heute selbst nicht weiß, wo seine Grenzen verlaufen, heizt es durch diese Haltung immer wieder die Debatte um sein "Existenzrecht" an. Aber warum haben alle Staaten ihre Botschaften von Jerusalem nach Tel Aviv verlegt, als Israel wider das Völkerrecht 1980 das besetzte Ost-Jerusalem annektiert hat?

Frühere rationaler denkende israelische Politiker haben die Gefährlichkeit einer Debatte um das "Existenzrecht" des Landes durchaus noch gesehen. So schrieb etwa Abba Eban am 18. November 1981 in der "New York Times": "Niemand erweist Israel einen Dienst, indem er sein ‚Existenzrecht‘ proklamiert. Es ist beunruhigend,

dass so viele, die Israel wohl gesonnen sind, diese verächtliche Formulierung im Munde führen." Und der damalige israelische Ministerpräsident Menachem Begin erklärte bei der Vorstellung seiner neuen Regierung 1977 in der Knesset: "Ich möchte hier feststellen, dass die Regierung Israels keine Nation, sei sie nah oder fern, mächtig oder klein, darum ersuchen wird, unser Existenzrecht anzuerkennen." Für beide Politiker war das "Existenzrecht Israels" das Selbstverständlichste auf der Welt, das keiner ausdrücklichen Erwähnung bedarf, und so sollte es auch heute noch sein. Auch die UN-Initiative der PLO zur Aufnahme eines Staates Palästina gefährdet nicht die Existenz Israels.

Der Brite Brian Klug hat zur wirklichen Problematik der Existenz Israels Folgendes geschrieben: "Wenn Israel seine kriegेरische Haltung nicht ändern kann; wenn die Mentalität des fortgesetzten Krieges weiterhin vorherrscht, bei dem sich jedes Grenzgeplänkel zur Schlacht um das Überleben des jüdischen Volkes auswächst; dann werden die Konsequenzen für Israel ebenso fatal sein, wie sie für andere tödlich sind. Die israelische Rhetorik von der "Existenz", die Teil seiner kriegerischen Haltung ist, gefährdet genau dies, seine Existenz."

Übrigens, als die Vereinigten Staaten Israel nach der Sowjetunion als zweiter Staat der Welt anerkannten, hat der amerikanische Präsident Harry S. Truman die von seinem Außenminister vorgeschlagene Anerkennungsformulierung "Jewish State" durchgestrichen und durch "State of Israel" ersetzt. Nur so viel zur Forderung der israelischen Regierung, als "jüdischer Staat" von den Palästinensern anerkannt zu werden.

Ludwig Watzal

Veranstaltungen

Unterschrift für eine friedliche Lösung

Die deutsch-palästinensische Gesellschaft setzt sich für die Aufnahme eines selbstständigen Staates Palästina in die Vereinten Nationen ein. Eine bundesweite Unterschriften-Sammlung zu dieser Forderung, die von der DPG angeregt und von vielen Friedensorganisationen unterstützt wurde, erbrachte mehr als 3000 Unterschriften. Diese haben die DPG-Vorstandsmitglieder Gisela Siebourg und Nazih Musharbash dem zuständigen Leiter des Arbeitsstabes Palästinensische Gebiete, Hubert J. Jäger, im Auswärtigen Amt in Berlin mit der Aufforderung überreicht, die Bundesregierung möge der von über 120 Staaten bereits anerkannten Bildung eines unabhängigen Staates Palästina nicht mehr im Wege stehen.

Da Israel die Gründung eines gemeinsamen Staates vehement ablehne und sich gegen die so genannte Zwei-Staaten-Lösung ebenfalls wehre, sei zu befürchten, dass der jetzige unhaltbare Zustand mit weiteren Siedlungsbauten nur noch schlimmer und die Zwei-Staaten-Lösung letztlich unmöglich werde. Deshalb werde in der Erklärung zur Unterschriftenaktion die Existenz sowohl eines israelischen als auch eines palästinensischen Staates in sicheren Grenzen auf der Grundlage des 4. Juni 1967 gefordert. Siebourg und Musharbash betonten, dass diese Grenzziehung durch UNO-Resolutionen völkerrechtlich bereits bestätigt sei. Deutschland müsse seine internationale Verantwortung wahrnehmen und sich für eine dauerhaft lebensfähige Lösung einsetzen.

Filmprojekt "Der Überfall"

Schon die Entstehungsgeschichte dieses Films klingt wie ein Abenteuer. "Der Überfall", gefilmt von dem Journalisten und Filmmacher Marcello Faraggi, erzählt die Geschichte einer Solidaritätsflottille der Internationalen Free Gaza Bewegung, dabei das Schiff "Mavi Marmara" auf dem Weg in den Gazastreifen. Das Ziel war, die israelische Blockade des Gazastreifens und

die damit einhergehende Kollektivstrafe der palästinensischen Bevölkerung aufzubrechen.

Die "Mavi Marmara" erreichte ihr Ziel nicht: Bei einem Überfall der israelischen Armee in internationalen Gewässern wurden neun Menschen getötet, es gab zahlreiche Verletzte, anschließend wurde das Schiff samt den Passagieren verschleppt, unter ihnen Marcello Faraggi selbst. Der Fotograf aber konnte sein authentisches Beweismaterial rechtzeitig aus der Gefahrenzone retten. Später entstand daraus der Dokumentarfilm "Der Überfall". Eine einzigartige Darstellung der brutalen Ereignisse in über 52 Minuten Länge.

Um einer breiteren Öffentlichkeit trotzdem die Möglichkeit zu geben, den Film zu sehen und sich ein reales Bild der damaligen Ereignisse zu machen, bietet Faraggi DVDs an, die in Schulen, Universitäten und bei diversen Veranstaltungen gezeigt werden können.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft unterstützt dieses Projekt und bittet Sie um Ihre finanzielle Hilfe. Mit Hilfe von Spenden können die DVDs produziert und vertrieben werden.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V., Postfach 15 04 26, 10666 Berlin

Bremer gegen Früchte aus Siedlungen

Israel darf nach einem Urteil des europäischen Gerichtshofes (die höchste Gerichtsinanz in den EU-Ländern) aus dem Jahr 2010 keine Früchte aus den besetzten



Proteste in Bremen

palästinensischen Gebieten in die EU unter dem Markenzeichen "Made in Israel" einführen, weil diese Gebiete völkerrechtlich nicht zu Israel gehören. Daran hält sich Israel aber nicht und die EU lässt es geschehen. Das Bremer Friedensforum hat diesen Sachverhalt auf seinem Flugblatt erklärt und auch hinzugefügt, dass sich sein Protest nicht gegen Juden oder Bürger Israels richtet, sondern gegen die Politik der israelischen Regierung, die sich nicht an internationale Konventionen und das Völkerrecht hält.

Was dann über die Bremer Pazifisten hereinbrach, könnte sich kein Autor eines Schauer- oder Gruselromans besser ausdenken. Den Anfang machte die "linke" TAZ. Dort fand sich über das Anliegen und die Motive der Bremer Friedensaktivisten kein Wort, dafür hatte der Bremer TAZ-Redakteur Benno Schirrmeister aber ein Interview mit dem Landtagsabgeordneten der Grünen und Vorsitzenden der Deutsch-

Israelischen Gesellschaft Hermann Kuhn gemacht. Der hatte nichts anderes zu sagen als "blanker Antisemitismus!" Der Bremer Weser-Kurier berichtete sehr ausgwogen, ließ beide Seiten zu Wort kommen, stellte diese Berichterstattung aber selbst wieder in Frage, indem er ein Interview mit dem Direktor des Moses-Mendelsohn-Zentrums für europäische jüdische Studien in Potsdam, Julius Schoeps, brachte, das ausgerechnet der bekannteste Bremer "Antideutsche" geführt hatte. Tenor des Interviews: Blanker Antisemitismus!

Natürlich meldete sich auch BILD zu Wort, sprach von "Hetze gegen Israel" und schrieb weiter, dass die Bilder dieser Aktion "an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte" erinnerten. Sogar in Israel wurde die Boykott-Aktion wahrgenommen. Die "Jerusalem Post" ließ in einem Interview Dieter Graumann, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in

Deutschland zu Wort kommen. Tenor: Antisemitismus!

Man muss an dieser Stelle auch den "neuen" Antisemitismusbegriff erwähnen. Früher war ein Antisemit derjenige, der behauptete, dass den Juden auf Grund bestimmter rassischer Merkmale schlechte Eigenschaften zukämen. Heute wird jedem Antisemitismus vorgeworfen, der Israels Politik kritisiert. Dürfen Deutsche Israels Politik kritisieren oder sogar - wie in Bremen geschehen - gegen sie demonstrieren?

Da meldete sich im vergangenen Jahr nach einem Deutschland-Besuch der Israeli Yossi Wolfson zu Wort: „In Deutschland wurde mir klar, dass es in der deutschen Linken eine lautstarke Gruppe gibt, die die Solidarität mit meinem Kampf [gegen die Unterdrückung der Palästinenser und für eine friedliche Zukunft Israels] als antisemitisch bezeichnet und mich selbst als einen mit Selbsthass infizierten Juden. Wie in einer auf den Kopf gestellten Welt werden die israelischen Generäle-Politiker, die der extrem rechten israelischen Regierung an die Macht verholfen haben, zu Helden erklärt. Der israelische Soldat, der seine Aufgabe, die palästinensische Zivilbevölkerung zu unterdrücken, erfüllt, ist für gewisse deutsche Linke ein Vorbild.“

Arn Strommeyer

Regionalgruppen der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Nordrhein-Westfalen (Süd)

Name: Peter Bingel
Email: nrw@dpg-netz.de

Köln und Umgebung

Name: Petra Schöning
Email: koeln@dpg-netz.de

Düsseldorf

Name: William Hodali
Email: duesseldorf@dpg-netz.de

Hamburg und Umgebung

Name: Dr. Dieter und Eva Lehmann
Email: hamburg@dpg-netz.de

Hannover

Name: Dr. Wilhelm Wortmann
Email: hannover@dpg-netz.de

Frankfurt/Main

Name: Khalil Toama
Email: frankfurt@dpg-netz.de

Trier

Name: Hazem Shehada
Email: trier@dpg-netz.de

Oldenburg/Ostfriesland

Name: Isam Elkorhaly
Email: oldenburg@dpg-netz.de

Ruhrgebiet

Name: Dr. Yousef Ribhi
Email: ruhrgebiet@dpg-netz.de

Osnabrück und Umgebung

Name: Nazih Musharbash
Email: osnabrueck@dpg-netz.de

Bremen

Name: Dr. Detlef Griesche
Email: bremen@dpg-netz.de

„Die letzte Chance für die Zwei-Staaten-Lösung“

Interview mit dem neuen palästinensischen Generalbevollmächtigten Salah Abdel Shafi



Der neue palästinensische Generalbevollmächtigte in Deutschland, Salah Abdel Shafi, verweist auf die Chancen, die mit einer Aufnahme Palästinas in die UNO verbunden sind: die Lösung des Konflikts rücke dadurch näher. Das Interview mit ihm für das Palästina Journal wurde von Wiebke Diehl und Jan-Günther Frenzel vor der Antragstellung in der UN geführt.

Herr Generalbevollmächtigter, warum wurde dieser Zeitpunkt für den Antrag an die UNO gewählt?

Salah Abdel Shafi: Erstens: Der Verhandlungsprozess läuft seit fast zwei Jahrzehnten. Das Ziel war von vornherein die Zwei-Staaten-Lösung. Das heißt, die Gebiete die 1967 okkupiert worden sind, bilden die Gebiete eines zukünftigen unabhängigen palästinensischen Staates. Die Israelis weigern sich weiterhin, ihre koloniale Politik, die ja Siedlungspolitik genannt wird – ich nenne das koloniale Politik – zu beenden. Zweitens: Die internationale Gemeinschaft, allen voran die Amerikaner, haben ihre politische Stärke nicht eingesetzt, um Israel zu einer Lösung zu bewegen. Deswegen haben wir uns entschieden, das Problem zurück vor die Weltgemeinschaft zu tragen. Und übrigens: es wird falsch hingestellt, als wäre das ein einseitiger Schritt. Seit wann ist die UNO einseitig? Die UNO repräsentiert die ganze Welt. Und die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in der UNO heißt nicht das Ende des Ver-

handlungsprozesses. Im Gegenteil: Das bildet eine solide völkerrechtliche Grundlage für Verhandlungen.

PJ: 128 Staaten müssten Palästina anerkennen, damit es in die UNO aufgenommen würde, richtig?

Shafi: Ja, so ungefähr. Aber 122 Staaten haben Palästina bereits bilateral anerkannt. Wir gehen davon aus, dass mehr Staaten Palästina anerkennen werden und wir die notwendige Mehrheit erreichen.

PJ: Deutschland hat seine negative Haltung zu dem Antrag an die UNO sehr klar durchdringen lassen. Wie sehen Sie das - auch in ihrer Funktion als Generalbevollmächtigter in Deutschland?

Shafi: Also, ich muss sagen, dass es uns überrascht hat, dass Deutschland sich sehr früh festgelegt hat. Bekanntlich hat die Kanzlerin dies schon Anfang April in einer Pressekonferenz mit Netanjahu getan. Natürlich hat die Kanzlerin viel Kritik geerntet. Es herrscht ein Konsens international über die Zwei-Staaten-Lösung, über die Grenzen von 1967, den auch Deutschland immer vertreten hat. Und darüber, dass Jerusalem Hauptstadt zweier Staaten werden soll. Und darüber, dass die Siedlungen illegal und ein Hindernis sind. Jetzt ist aus unserer Sicht die letzte Chance, die Zwei-Staaten-Lösung völkerrechtlich zu retten. Die Zwei-Staaten-Lösung wurde nicht für die Palästinenser erfunden, sie wurde primär für Israel geschaffen. Und wenn die Zwei-Staaten-Lösung nicht gerettet wird, tja, dann weiß Gott, was passieren wird...

PJ: Wurden Konsequenzen angedroht wenn die Palästinenser ihren Antrag an die UNO stellen? Etwa, dass keine Gelder mehr gezahlt werden?

Shafi: Ja, der US-Kongress hat bereits eine Resolution an die Administration verabschiedet: Falls die Palästinenser zur UNO gehen, bekommen sie kein Geld mehr. Und wir haben gesagt, Dankeschön, wir gehen.

Warum darf Südsudan Mitglied werden, wir aber nicht? Wobei wir – ohne arrogant zu sein – weit mehr entwickelt sind was Infrastruktur und staatliche Strukturen anbetrifft.

PJ: Können sie ungefähr abschätzen, wie hoch die finanzielle Unterstützung der USA an die Palästinenser ist?

Shafi: Im letzten Jahr glaube ich 300 Millionen Dollar. Es ist kein großer Batzen aber es ist ein Batzen. Und wir gehen auch schon jetzt durch eine sehr, sehr schmerzhaft finanzielle Krise. Im Juni wurden halbe Gehälter gezahlt und man weiß nicht, ob man im Juli Gehälter bezahlen kann.

PJ: Gibt es Einigkeit betreffend des Antrages zwischen der Fatah und der Hamas?

Shafi: Ich muss sagen, seitens der Hamas gab es keine offizielle Stellungnahme. Wir haben unterschiedliche – begrüßende und eher neutrale – Stimmen gehört. Mein Gefühl ist, dass die Hamas politisch nichts dagegen hat.

PJ: Wie werden die Fragen nach einem Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge und nach Ostjerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates in Zusammenhang mit dem Antrag gesehen und behandelt?

Shafi: Wir werden uns auf UNO-Resolutionen berufen. Unsere Position in Bezug auf die Flüchtlingsfrage ist die Position der arabischen Friedensinitiative, die auch von der Konferenz islamischer Staaten angenommen wurde, und die eine Lösung der Flüchtlingsfrage basierend auf der Generalversammlungsresolution 194 fordert. Und Jerusalem gehört zu den 1967 besetzten Gebieten und dementsprechend muss Ostjerusalem die Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates werden.

PJ: Am Nakba- sowie am Naksa-Tag 2011 gab es eine sehr starke Bewegung, die versuchte, zurückzukommen, indem die Grenzen zu Israel überwunden werden sollten.

Shafi: Das sind alles Signale: Wenn nicht

endlich eine Lösung aller ausstehenden Fragen erreicht wird, dann kann alles in Gewalt ausarten. Wie wird Israel reagieren, wenn Hunderttausende in Richtung Grenze marschieren? Wie viel Hunderte können die erschießen? 1000, 2000, 3000? Eines haben die Israelis nicht begriffen: Die Araber haben die Angsthürde überschritten, sie haben sie ein für alle Mal überschritten.

PJ: Es gibt in der palästinensischen Gesellschaft nicht nur Bestrebungen zu einer Zwei-Staaten-Lösung, sondern auch solche zu einer Ein-Staaten-Lösung. Wie stehen Sie dazu?

Shafi: Wir respektieren die Meinung derjenigen, die sagen, wir sind für die Ein-Staaten-Lösung. Wir teilen diese Meinung nicht. Aber wenn Israel mit der Kolonialisierung der palästinensischen Gebiete weitermacht, dann wird es rein objektiv keinen Platz für die Zwei-Staaten-Lösung geben. Aber dann ist Netanjahu dafür verantwortlich.

PJ: Aber da muss ich jetzt nochmal nachfragen: rein objektiv – gibt es denn mit den jetzigen Gegebenheiten vor Ort noch die Möglichkeit dazu?

Shafi: Ja. Ich würde sagen ja. Es ist nicht einfach aber es ist dennoch machbar. Wir gehen davon aus, dass man 1,8% des Landes austauschen kann. Israel kontrolliert zwar immer noch direkt 40 oder 50% von der Westbank. Aber was davon gebaute Städte und Infrastruktur ist, macht nur 1,8% aus. Natürlich müssen Siedlungen geräumt werden; die 1,8% enthalten nicht alle Siedlungen. Es geht um einen minimalen Gebietsaustausch. Wir haben gesagt, eins zu eins und die gleiche Qualität.

PJ: Okay. Jetzt zum Procedere in der UNO

Shafi: Es gibt verschiedene Wege, die angestrebte Vollmitgliedschaft in der UNO zu erreichen. Erstens: Man beantragt beim Generalsekretär die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UNO. Der Sicherheitsrat

muss eine Empfehlung mit mindestens 9 der 15 Stimmen ohne Gegenstimme und ohne Veto - das die USA natürlich einlegen werden - an die Generalversammlung abgeben. Die Generalversammlung braucht eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Der zweite Weg ist direkt zur Vollversammlung, welche mit einer nur einfachen Mehrheit – die uns sicher ist - die Aufnahme Palästinas als Non-Member-State mit Beobachterstatus beschließen kann. Dann können wir zwar nicht abstimmen, haben aber Zugang zu allen internationalen Organisationen. Dann beantragen wir die Aufnahme im Internationalen Strafgerichtshof und dann werden wir, angefangen vom kleinen Soldaten Israels bis zum Premierminister, offiziell anklagen. Bis jetzt haben wir uns bewusst noch nicht entschieden, welchen der beiden Wege wir gehen werden.

PJ: Können die DPG und andere Gruppen etwas zur Unterstützung des Antrags tun?

Shafi: Ja, selbstverständlich, sie können viel tun. Ich glaube, in einem Land wie Deutschland wo die Haltung der Regierung zumindest bis jetzt dagegen ist, braucht man viel Öffentlichkeitsarbeit: Informieren, Veranstaltungen, Briefe schreiben an Abgeordnete, an die Bundesregierung, an das Bundeskanzleramt.

PJ: Haben Sie noch etwas, was Sie persönlich noch dazu sagen wollen?

Shafi: Wissen Sie, ich bin unter Okkupation groß geworden. Als Israel Gaza besetzt hat war ich fünf Jahre alt. Inzwischen bin ich fast 50 und meine Kinder sind 22 und 19. Und ich habe mir in meinen schlimmsten Träumen nicht ausgemalt, dass auch meine Kinder eine Intifada erleben würden. Es mangelt international an politischem Willen, eine Lösung dieses Konfliktes durchzusetzen. Ich glaube, das ist die Chance, uns mindestens ein Stück nach vorn zu bringen und ich glaube, wir dürfen diese Chance nicht verpassen.

PJ: Vielen Dank.

Landbesitz im Mandatsgebiet Palästina

1946



UN-Teilungsplan

1947



Waffenstillstandslinie

1949-1967



Oslo Abkommen

2011



Das Leben der Palästinenser unter israelischer Besatzung



Mauer bei Kalkilya · Foto: RÖM

Viele Menschen sind mit der komplexen Situation um den Palästina-Israel-Konflikt überfordert und verstehen nicht, warum es nicht zu einer friedlichen Lösung kommt. An dieser Stelle sollen die alltäglichen Probleme und Behinderungen durch die israelische Besatzungsmacht dargestellt werden. Die israelische Armee und die vielen Militärverordnungen und ministeriellen Erlasse des Staates Israel bestimmen das Leben der Palästinenserinnen und Palästinenser in ihrem Land. Im Folgenden alphabetisch geordnet die palästinenserfeindliche israelische Matrix der Kontrolle (Teil 2).

Identitätskarten

Palästinenser unter israelischer Besatzung haben unterschiedliche Identitätskarten, aus denen hervorgeht, in welchem Ort sie wohnhaft sind und in welche Verwaltungszone sie gehören. Es gibt:

- Jerusalem-Identitätskarten für palästinensische Ost-Jerusalemer, die mittlerweile als Zugereiste zählen
- Westjordanland-Identitätskarten
- Jordantal-Identitätskarten
- Gaza-Identitätskarten
- Palästinensische Ausweise für Palästinenser innerhalb der Autonomiegebiete. Die Vielzahl der Ausweise zeugt von einer Zerstückelung der palästinensischen Nation.

Seit 2003 ist es nach einem israelischen Gesetz Ehepartnern mit verschiedenen farbigen Identitätskarten (blau für Jerusalem grün für Westbank) verboten, zusammen in Jerusalem zu leben. Bis 1994 war es noch möglich für Kinder palästinensischer Ostjerusalemer einen Antrag auf Familienzusammenführung zu stellen, seit 2005 nicht mehr. Nach dieser "stillen Deportation", die gesetzeskonform mit israelischen Gesetzen verläuft, müssen Familien mit Rücksicht auf ihre eigenen Kinder die Stadt verlassen. 18-Jährige in Jerusalem geborene Palästinenser müssen Jerusalem verlassen. Von dieser diskriminierenden Gesetzgebung sind mehr als 35.000 Palästinenser betroffen. Auf diesem Wege wird die Bevölkerungszusammensetzung in Ost-Jerusalem verändert. Die arabische Bevölkerung wird verringert und der jüdische Anteil gesteigert. Palästinensern droht außerdem der Entzug von Identitätskarten. Im Zuge der Annexion Ostjerusalems erhielten die palästinensischen Einwohner israelische Identitätskarten, jedoch nicht die israelische Staatsangehörigkeit; der 1994 an die Bewohner der Westbank und des Gazastreifens ausgehändigte palästinensische Pass wurde ihnen verweigert. Das Aufenthalts- und Residenzrecht der Palästinenser Ostjerusalems ist nach israelischem Recht einzig und alleine vom Besitz der Identitätskarte abhängig. Wird sie entzogen, so darf ein in Ostjerusalem geborener und aufgewachsener Palästinenser seine Heimatstadt nicht mehr betreten.

Kinder

Palästinensische Kinder leiden besonders stark an den Folgen der israelischen Besatzung. Die schlechte Versorgung verursacht Mangelkrankungen, Wachstums- und Konzentrationsstörungen. Außerdem ist die Mehrheit der Kinder durch Gewalt und Misshandlung traumatisiert und bedarf psychologischer Betreuung. Durch die

Ausgangssperren und die Checkpoints oder die Schließung von Schulen werden sie häufig am Schulbesuch gehindert. Seit der Al-Aqsa-Intifada im Jahr 2000 bis im Jahr 2004 sind 557 Kinder unter 18 Jahren getötet und über 12.000 Kinder und Jugendliche verwundet worden. Darüber hinaus sind über 2.500 Kinder verübergehend in Haft genommen worden.

Kollektivstrafe

Maßnahmen der israelischen Militärverwaltung und der israelischen Armee, die die palästinensische Bevölkerung als Ganzes treffen (z.B Blockade) oder die Bestrafung einer Familie weil ein Familienmitglied verdächtigt wird (z.B. Hauszerstörung), stellen eine Kollektivstrafe dar und verstößen gegen internationales Recht.

Landraub

Bił'in ist ein palästinensisches Dorf mit 1.796 Einwohnern. Das Dorf wird von etwa 50.000 Siedlern, die in 14 verschiedenen Siedlungen leben, umgeben. Diese Siedlungen sind die am schnellsten wachsenden in der Westbank. Durch Israels Sperranlage haben die Dorfbewohner die Hälfte ihres Landes verloren. Nach jahrelangem gewaltfreien Widerstand gab es einen Entscheid des Obersten Gerichts in Israel, wonach ein Teil des konfiszierten Landes zurückgegeben werden muss und die Mauer versetzt werden muss. Mehr als 1000 Dunum Land des südlich von Nablus gelegenen Dorfes Qaryut werden für den Bau einer nur für israelische Siedler zugänglichen Straße annektiert. Damit soll die völkerrechtswidrige Siedlung Shilo mit den illegalen Außenposten Hayovel und Qaryut verbunden werden.

Mauer

Die Sperranlagen (ca. 700 km) sollen nach israelischen Angaben der Sicherheit Israels dienen. Da sie auf palästinensischem Gebiet und teils mitten im Westjordanland gebaut und geplant sind, verfolgt Israel damit andere Ziele. Tatsächlich verbleiben etwa 200.000 Palästinenser auf der Israel zugewandten Seite der Sperranlagen. Durch die Mauer wird die Annexion der palästinensischen Gebiete, die westlich der Mauer, nach Israel hin liegen, vorbereitet. Die Sperranlagen rund um die jüdisch-israelischen Siedlungen, die mitten auf palästinensischem Gebiet israelische Exklaven bilden, haben die gleiche Wirkung. Mehr als 100 palästinensische Ortschaften werden durch den Mauerverlauf von ihrem Agrarland abgeschnitten. Über 875.000 Palästinenser und über 200 Ortschaften sind von dem Mauerbau direkt betroffen.

Kolonisierung

Das Ziel, eine irreversible de-facto Situation durch systematische Kolonisierung zu schaffen, ist Grundlage zionistisch-israelischer Planung:

- die Enteignung und Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land
- die Einkreisung der palästinensischen Städte und Dörfer durch israelische Siedlungsgürtel (Kolonien) in der Westbank und in Ost-Jerusalem

- die Abkoppelung Jerusalems von seinem palästinensischen Hinterland und ein intensives Programm der Judaisierung von den äußeren Kolonierungen bis hinein in das Zentrum der Altstadt.

Knapp 6% des einst palästinensischen Bodens gehören heute noch den Palästinensern in Israel; knapp 12% des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina steht heute den Palästinensern noch real zur Verfügung Wasser, Luft und Boden kontrolliert Israel. Alle israelischen Regierungen haben die Besiedelung und Kolonisierung palästinensischen Landes vorangetrieben. Die Zahl der Siedler hatte sich in den ersten acht Jahren "Friedensprozess" verdoppelt. Die Zerstückelung der besetzten Gebiete hat einen Grad erreicht, der keinen zusammenhängenden Palästinenserstaat mehr möglich macht.

Militär

Das israelische Militär ist in den besetzten Gebieten allgegenwärtig. Das Militär zerstört regelmäßig gezielt Wohnhäuser und vernichtet Existenzen. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und gezielte Tötungen sind ebenso alltäglich. Drei Häuser sowie ein Wasserreservoir hat die israelische Besatzungsmacht im April 2010 in der Stadt Halhul in der Westbank zerstört. Wie der Bürgermeister Ziyad Abu Yousif der Nachrichtenagentur Ma'an berichtete, haben Soldaten den Hausbesitzern, Ahmad Awad, Mohamed Zamara und Dirar Zamara sowie dem Besitzer der Wasservorrichtung, Mohamed Abu Yousif, die Abrissbefehle ausgehändigt. Die Zerstörung des Wasserspeichers wurde mit der "Nähe zu der vollständig von Israel kontrollierten Zone C" begründet. Israelische Soldaten schossen im Juni 2010 mehrmals auf palästinensische Bauern und ausländische Menschenrechtsaktivisten im südlichen Gazastreifen. Die Vorfälle ereigneten sich während der Weizernernte in der von Israel eingerichteten "Pufferzone". Israels Einrichtung einer 300-Meter breiten "Pufferzone", die ausschließlich auf palästinensischem Land liegt, verstößt gegen die israelisch-palästinensischen Oslo-Abkommen. Zwischen Januar und April 2010 wurden innerhalb dieser Zone 14 Menschen getötet und weitere 50 verwundet.

Obdachlose

Auf Anordnung der israelischen Armee zerstörte und in die Luft gesprengte Häuser dürfen nicht mehr repariert oder wieder aufgebaut werden. Ihren Besitzern ist es untersagt, sie weiterhin zu nutzen. Da die einstigen Bewohner keine Entschädigung erhalten, sind sie ab sofort obdachlos. Die palästinensischen Beduinen in der Negevwwüste, die traditionell nach Weidegründen suchen und deshalb umherziehen, blicken auf eine lange Geschichte gezielter Benachteiligung. Mit der Gründung Israels wurde ihr Gebiet umzäunt und zur Militärzone erklärt, die sie nicht mehr verlassen durften. Obwohl die beduinischen Dörfer alle Parameter der israelischen Bauordnung erfüllen, werden sie nicht staatlich anerkannt. Mit Zwang wurden im Juli 2010 mehrere beduinischen Dörfer geräumt, zerstört und über 300 Menschen, samt Frauen und Kinder obdachlos gemacht.

Oberster Gerichtshof

Mit folgenden Fragen muss sich der Israelische Oberste Gerichtshof auseinandersetzen.:

- Ist Folter legal?
- Sind Morde erlaubt?
- Ist es erlaubt, palästinensischen Bauern Land wegzunehmen?
- Ist es erlaubt, eine Belagerung über Hunderttausende zu verhängen?
- Ist es legal, Menschen jahrelang ohne Gerichtsurteil in Haft zu halten?
- Ist es möglich, Menschen daran zu hindern, medizinische Versorgung zu erhalten?

- Ist es legitim, Kinder daran zu hindern, zur Schule zu gehen?
- Entscheidungen zugunsten von Palästinensern sind selten. Passiert es dennoch, wie z.B. im Fall von Bił'in, wo der Verlauf der Sperranlage verändert werden muss, muss danach um die Ausführung des Urteils gerungen werden.

Outposts/Außenposten

Außenposten (outposts) sind kleinere, abseits gelegene Siedlungsaußenposten, die in der Regel aus wenigen Wohncontainern bestehen und als Kern für den Ausbau weiterer Siedlungen dienen. Da sie ohne Genehmigung von jüdischen Siedlern gegründet werden, gelten sie (nicht aber die Siedlungen) auch nach israelischem Recht als illegal. Öffentlichkeitswirksam werden solche Außenposten, von denen es mittlerweile über 100 gibt, manchmal von der israelischen Armee geräumt. Die Räumung solcher Anlagen stellt keine Einschränkung der eigentlichen Siedlungspolitik dar. Im Gegenteil: Auf Druck der rechtsgerichteten israelischen Parteien werden diese Außenposten geschützt und zu anerkannten Siedlungen weiter entwickelt.

Rassismus

In Israel gibt es Rassismus gegen Araber wie die "Gesellschaft für Bürgerrechte in Israel" (Association for Civil Rights) in ihrem jährlichen Bericht belegt. Demnach sind anti-arabische Ressentiments auf ein Höchstmaß angestiegen. Insgesamt gab es eine Zunahme von rassistischen Überfällen gegenüber Arabern um 26% im Vergleich zum Vorjahr, heißt es in dem Bericht von 2010. Doppelt so viele Israelis wie im Jahr zuvor gestanden, Araber zu hassen. 74% der Israelis glauben, dass Araber "schmutzig" seien. 78% der erwachsenen Bevölkerung Israels meinen, dass arabische Parteien nicht an der Regierung teilhaben sollten. Israelische Staatsbürger arabischer Herkunft werden sowohl am Flughafen in Tel Aviv als auch an Flughäfen im Ausland von israelischen Sicherheitsbeamten diskriminierend behandelt.

Ressourcen

Die zionistische Strategie verfolgt seit Gründung des Staates Israel das Ziel, den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen des Landes zu sichern. So ist die Kontrolle über die Wasserversorgung in den besetzten Gebieten vollständig bei der israelischen Besatzungsmacht, die Oberflächen- und Grundwasservorkommen nach Israel ableitet. Nach israelischen Bestimmungen dürfen palästinensische Landwirte ihre Brunnen nicht erweitern oder neue bohren. Jüdische Siedler können zu jeder Zeit solche und noch tiefere Brunnen bauen. Dass dabei die Brunnen der arabischen Bauern irgendwann versiegen, und sie ihr Land nicht mehr bearbeiten können, wird in Kauf genommen. Denn nach israelischen Bestimmungen verwirken palästinensische Landwirte das Recht auf Ackerbau, wenn ihre Felder mehrere Jahre in Folge nicht bewirtschaftet werden. Deutlich wird die Wasserknappheit am Vergleich des täglichen Verbrauchs mit 60 Litern täglich bei den Palästinensern und 350 Litern bei den Israelis.

Rückkehr

Jeder Jude auf der ganzen Welt hat das Recht nach Israel einzuwandern. Israelische Bürger können das Land für beliebige Zeit verlassen, ihre Staatsbürgerschaft und alle ihre Rechte sind ihnen stets sicher. Den in Israel geborenen palästinensischen Flüchtlingen untersagt Israel bislang die Rückkehr. Für im Ausland studierende oder beschäftigte Palästinenser aus den besetzten Gebieten wird die Einreise erschwert oder unmöglich gemacht. Wenn es sich um palästinensische Bewohner von Ost-Jerusalem

handelt, verhängt Israel drakonische Vorschriften und verweigert ihnen die Rückkehr. Dr. Immad Hammada und Dr. Murad Abu-Khalaf, Dozenten der Elektrotechnik, sind beide in Ost-Jerusalem geboren. Ihre Familien leben seit Generationen in der Stadt. Beide studierten in den USA und wollten nach dem Studium nach Jerusalem zurückkehren. Aber ihr Recht, mit ihren Familien zusammen leben zu können, wird ihnen vom israelischen Innenministerium verwehrt. Nach den Bestimmungen des israelischen Innenministeriums erlischt das Recht auf Aufenthalt, wenn ein Palästinenser die Stadt mehr als sieben Jahre verlässt. Diese Verordnung findet keine Anwendung auf jüdische Bürger.

Sicherheit

Die israelische Armee ermutigt Siedler, Palästinenser festzunehmen. Siedler dürfen Palästinenser festnehmen und an die Militärbehörde übergeben. Jüdische Siedler des illegalen Außenpostens Hayovel zerstörten im April 2010 im Dorf Qaryut, südlich von Nablus gelegen, rund 250 Olivenbaumstecklinge. Ghassan Doughlas, der für die palästinensische Regierung die israelischen Siedlungsaktivitäten in der nördlichen Westbank beobachtet, teilte mit, dass die Landwirte ein paar Tage zuvor die Bäume gepflanzt hatten. In Hebrons Altstadt besetzten extremistische Siedler vier Bekleidungsgeschäfte und vertrieben die Inhaber E'wewi, Baha E'wewi, Hussam Bader und Muhammad Qawasmi aus ihren Läden. Die Geschäfte grenzen direkt an die illegale Siedlung Abraham Avinu an und sind durch die Straße Ash-Shuhada verbunden. Diese Straße wurde 1994, nach dem von dem Siedler Baruch Goldstein verübtem Massaker in der Ibrahim-Moschee, zur militärischen Zone erklärt und die dortigen palästinensischen Geschäfte wurden mit Zwang geschlossen. Extremistische Siedler greifen auch palästinensischen Besitz in Ost-Jerusalem an. Mit lauten Parolen für die Vertreibung des palästinensischen Volkes aus Ost-Jerusalem und "Tod den Arabern" Rufen, marschierten Dutzende extremistische Siedler durch die Altstadt von Jerusalem. Die Siedler griffen auch palästinensische Häuser und Geschäfte an.

Israel soll nach einem Aufruf des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) Palästinenser besser vor israelischen Siedlern schützen. Dadurch sollen das Land und die Ernten der Palästinenser gesichert und ihren Familien ermöglicht werden, «ihre Häuser zu reparieren und sicher zu stellen, dass alle Palästinenser Zugang zu Krankenhäusern und Schulen ohne Verzögerungen haben».

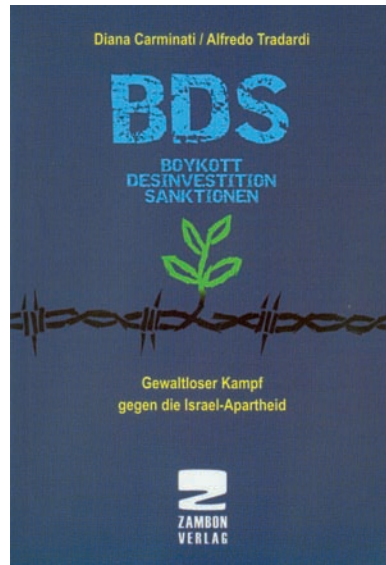
Siedlungsbau

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hält am illegalen Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten fest. Nicht der israelische Siedlungsbau sei Teil der Ursache des Konflikts mit den Palästinensern, sondern sein Ergebnis, so die Sicht Netanjahus. Für die Palästinenser ist der Siedlungsbau eine Bedrohung, da sie die Judaisierung des Landes bedeutet, was die Aussicht auf einen palästinensischen Staat zunichte macht.

Tötung und gezielte Tötung

Angebliche Drahtzieher des palästinensischen Widerstandes werden durch das israelische Militär liquidiert. Dabei werden oft die Tötung und Verletzung unbeteiligter Familienmitglieder und anderer in Kauf genommen. Unter den Hunderten Opfern von gezielten Tötungen sei der Generalsekretär der "Volksfront für die Befreiung Palästinas" Ali Abu Mustafa Sabri genannt. Die Opfer werden ausspioniert, geortet und durch Raketenbeschuss auf ihr Fahrzeug oder ihr Büro, durch Sprengstoff, durch Drohnen oder durch so genannte "Todeschwadronen" (verdeckte Einheiten, die sich als Araber verkleiden) liquidiert.

Medien



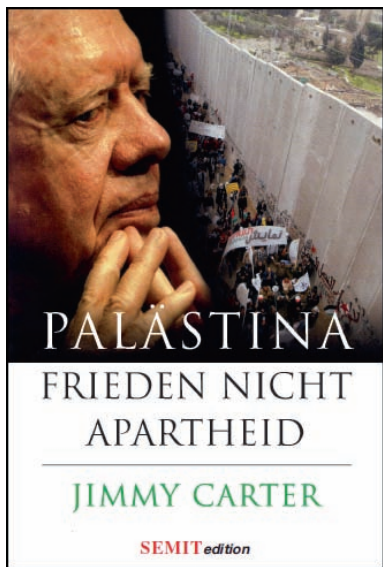
BDS – Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen

Unter diesem Titel ist in diesem Jahr auf Deutsch ein schmaler Band erschienen, der ursprünglich in Italien veröffentlicht wurde. Thema ist laut Untertitel: "Gewaltloser Kampf gegen die Israel-Apartheid". Es geht um Möglichkeiten internationaler Unterstützung für die palästinensische Bevölkerung in ihrem Kampf gegen ein gewalttätiges israelisches Besatzungsregime, das durch Annexion von Terrain in der Westbank, durch Absperrung von Dörfern und Siedlungen in dem Gebiet, durch willkürliche Gefangennahme und Vertreibung das Leben dort immer unerträglicher gemacht hat. Ein breites Bündnis von Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft hat mit dem Aufruf zu einer gewaltlosen, mit ökonomischen Mitteln agierenden Kampagne gegen die Besatzung auf diese Entwicklungen geantwortet, beginnend genau ein Jahr nach dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, das den Bau der "Mauer" auf palästinensischem Gebiet für illegal erklärte. Angesichts der faktischen Folgenlosigkeit dieses Urteils wurde die BDS-Kampagne gestartet, orientiert am Vorbild der ganz ähnlichen südafrikanischen Kampagne, die einen beachtlichen Anteil an der Beendigung des rassistischen südafrikanischen Regimes hatte. Als "Apartheid" wird dann auch die Entwicklung im besetzten Palästina beschrieben, eindrucksvoll dokumentiert am Beispiel der ausschließlich für die israelischen Siedler gebauten Straßen in der Westbank,

die den dort lebenden Palästinensern verboten sind. Logisch nachvollziehbar wird in dem Bändchen eine Strategie dargelegt, die das Mittel eines internationalisierten Boykotts zur Erreichung klar definierter politischer Ziele einsetzen will: Gleiche Rechte für die Palästinenser in den besetzten Gebieten, aber auch für die in Israel selber lebenden; ein Rückkehrrecht auch für die vertriebenen palästinensischen Familien, wie dies für jüdische Einwanderer aus aller Welt in Israel selbstverständlich ist; ein Ende der Landenteignung von Palästinensern und die Rückgabe widerrechtlich angeeigneten Terrains im besetzten Gebiet. Tanja Reinhart, die inzwischen verstorbene israelische Linguistin, kommentierte die BDS-Kampagne so: "Das einzige Druckmittel, das Israel aufhalten kann, ist ein weltweiter Protest, auch wenn man sich unerfreulicher Mittel wie des Boykotts bedient. Als Israelin glaube ich, dass dieses externe Druckmittel nicht nur die Palästinenser rettet, sondern auch die israelische Gesellschaft."

Matthias Jochheim, IPPNW

BDS-Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen; Carminati/Tradardi, ZAMBON Verlag, Frankfurt, 2011
Broschiert, 96 Seiten
ISBN 978-3-88975-133-1
Euro 8,00 €



Ein Israel der Apartheid verhindern

Das Buch "Palästina Frieden nicht Apartheid" von Jimmy Carter, US-Präsident von

1976 - 81, ist Ende 2006 erschienen, also vor dem Überfall Israels auf Gaza 2008/2009 mit 1300 meist zivilen palästinensischen Opfern und vor der exzessiven Fortführung des israelischen Siedlungsbaus im Westjordanland. Seit einem Jahr liegt es in einer deutschsprachigen Ausgabe des Melzer-Verlages vor. Carter wollte mit der Zusammenstellung der Fakten über die politische Situation Anstoß geben für die Weiterführung der Anstrengungen in Richtung auf einen Frieden mit Zukunft. Es enthält eine Tabelle mit politischen Ereignissen und Daten durch die Geschichte Palästinas während der letzten knapp 4000 Jahre sowie einiges Kartenmaterial, v. a. aber Berichte über seine persönlichen Erfahrungen mit Politik und Politikern der Region. Nichts ist wirklich neu, doch nach der UN-Debatte im September mit frischer Aktualität ausgestattet. Carter versucht dabei in seinen Formulierungen stets ausgewogen zu sein, wenn es um politische Einschätzungen und persönliche Bewertungen geht, berücksichtigt, dass "die verschiedenen Völker des Nahen Ostens ihre eigenen Standpunkte, ihre eigenen Kränkungen und Beschwerden" haben.

Als sein besonderes Ziel während seiner Präsidentschaft ebenso wie in den Jahren danach als aktiver politischer Mensch benennt er die "Schaffung eines dauerhaften Friedens für Israelis und die anderen Bewohner des Nahen Ostens". "Es ist offensichtlich, dass den Palästinensern kein Territorium bleiben wird, auf dem sie einen lebensfähigen Staat schaffen können... Den Palästinensern steht eine Zukunft bevor, die von ihnen und dem verantwortungsbewussten Teil der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert werden kann." (S. 266, Kapitel "Die Mauer als Gefängnis") Alles Bemühen um Ausgewogenheit in der Argumentation hat freilich seine Grenze im Respekt vor den Tatsachen der Besatzung, der fortgesetzt völkerrechtswidrigen und ständig Menschenrechte verletzenden Vorgehensweise Israels gegenüber den Palästinensern; sie führen Carter zu der klaren Schlussfolgerung, dass nur die Existenz zweier unabhängiger Staaten eine Zukunft der Palästinenser in einem Israel der Apartheid verhindern kann.

Jürgen Sandler

Palästina Frieden nicht Apartheid; Jimmy Carter
Melzer Verlag, Frankfurt, 2010, Hardcover, 272 Seiten
ISBN: 978-3-9813189-8-2
Euro 24,95 €

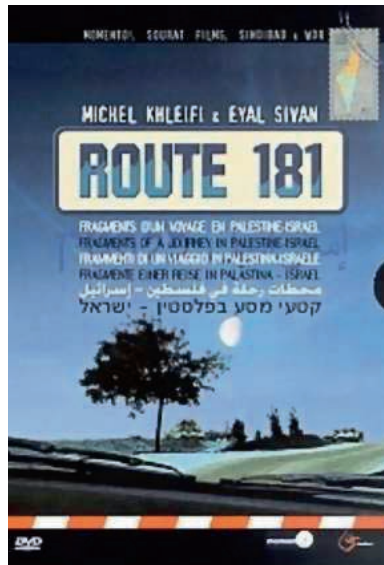
Ausstellung palästinensischer Karikaturen

Nadschi Salim al-Ali (1938 - 1987) war ein palästinensischer Cartoonist, der vor allem Israels Besatzungspolitik kritisierte. Er zeichnete mehr als 40.000 Cartoons. Seine bekannteste Figur ist der palästinensische Junge "Handala", der ein Symbol für die palästinensische Machtlosigkeit gegen die Besatzung wurde. Nadschi al-Ali wurde am 22. Juli 1987 bei einem Attentat vor dem Londoner Büro der kuwaitischen Zeitung Al-Qabas, für die er zu der Zeit arbeitete, so schwer verwundet, dass er fünf

Wochen später den Verletzungen erlag. Der Attentäter konnte nie verurteilt werden. Nadschi al-Ali war nicht nur bei der israelischen Regierung, sondern auch bei den Führern arabischer Staaten unbeliebt, da er diese in seinem Werk immer wieder wegen deren Untätigkeit und Halbherzigkeiten in der Palästinenserfrage kritisiert hatte. Die Figur des Handala erschien erstmals 1969. Der palästinensische Junge trat dann meist als stiller Beobachter, der nur

von hinten zu sehen ist, auf. Er trägt zerklüftete Kleidung und ist barfußig. Er stellt den typischen machtlosen Palästinenser aus dem Flüchtlingslager dar, der gegen die israelische Besatzung demonstriert. In der Folge wurde Handala die Signatur von Nadschi al-Ali und kam in jedem Cartoon entweder direkt oder als kleines Logo vor.

Kontakt: Café Buch-Oase
Germaniastraße 14 · 34119 Kassel, Vorderer-Westen
Tel: 0176 / 227 265 11 · mail@cafebuchooase.de



ROUTE 181 Fragmente einer Reise in Palästina-Israel

Der Film eröffnet eine ungewöhnliche Perspektive auf die Bevölkerung in Palästina-Israel, eine gemeinsame Vision eines Palästinensers und eines Israeli. Auf ihrer ausgiebigen Reise hatten sie nur willkürliche Begegnungen. Es wurden im Vorfeld weder Treffen vereinbart, noch Persönlichkeiten oder "offizielle" Gesprächspartner kontaktiert.

Michel Khleifi & Eyal Sivan F/B/D/GB 2003, 270 min, Arab./Hebr. Untertitel: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Arabisch, Hebräisch

4 DVDs. Inhalt: Der Film in voller Länge, in drei Teilen und in Kapiteln (nach Orten), zusätzliche Filmszenen, Beschreibungen der Orte im Film, Text und Karte der UN-Resolution 181, Kartenmaterial zu den zerstörten palästinensischen Dörfern, der Geschichte der jüdischen Besiedlung Palästinas, alternativen Teilungsplänen, CV's der Filmemacher Interview mit den Filmemachern, Links im Internet - Untertitel in 6 Sprachen.

Homevideo 44,00 €
Ö-Rechte 150,00 €
V+Ö-Rechte 250,00 €
zzgl. Versandkosten
Bestellung: info@mecfilm.de



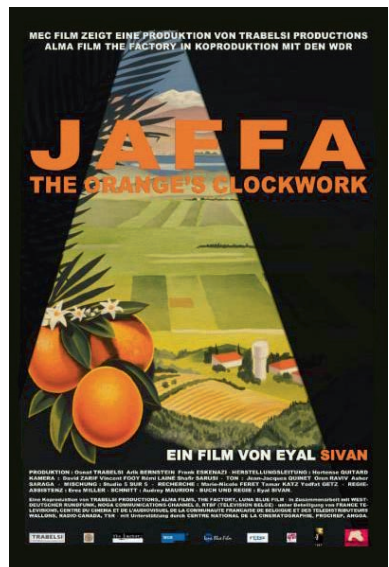
Vorbildlicher Reiseführer mit wichtigen Kontakthinweise

Reiseführer ins Heilige Land, insbesondere nach Israel gibt es viele - einige mit ergänzenden Informationen zu Ausflügen in die Palästinensischen Gebiete. Nun stellen Burghard Bock und Wil Tondok den ersten deutschsprachigen Reiseführer nur für Palästina vor und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Etablierung als selbständiges Reiseziel. Natürlich kann sich der Reiseführer dabei nicht nur auf die Gebiete konzentrieren, die heute gemeinhin als Palästinensische Gebiete bekannt sind, sondern muss auch der geographischen, geschichtlichen und politischen Verquickung in der Region Rechnung tragen - und das gelingt ihm sehr gut. Die Autoren sind merklich um einen neutralen Ton bemüht (auch wenn dies nicht immer gelingt) und geben durch Exkurse in Kästen gleichzeitig den unterschiedlichen Seiten Raum zur Darstellung.

Gleichzeitig ist der Reiseführer aber alles andere als unpolitisch: er stellt sich selbst unter das Motto "Kommt und seht!" des Kairos-Dokuments der Christinnen und Christen in Palästina. Er ruft damit die Leser auf, im Namen von Nächstenliebe, aber auch als Solidaritätsbekundung, die palästinensische Bevölkerung zu besuchen und den gastfreundlichen und offenen Menschen eine Chance zu geben, sich vorzustellen. So ist es nur konsequent, dass der Reiseführer neben Kontaktadressen zu Hotels, Restaurants und Museen auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Initiativen aufführt, bei denen ein Besuch lohnt, um sich ein Bild von der Wirklichkeit im Gastland zu machen, das so viel mehr bietet als das, was die traurigen und deprimierenden Berichte in den Nachrichtensendungen zeigen.

AM/Tourism Watch

"Palästina - Reisen zu den Menschen"
Von Burghard Bock und Wil Tondok.
Reise Know-How Verlag, München, 2011.
244 Seiten. ISBN 978-3-89662-483-3



Jaffa the Orange's Clockwork

Wer kennt sie nicht, die Jaffa-Orange? Seit Jahrzehnten ist sie lecker, gesund und weltberühmt. Selbst Stars wie Ingrid Bergman und Louis Armstrong posierten für sie "Jaffa" war die Coca-Cola der Fruchtsäfte. Die Geschichte der Hafenstadt Jaffa, deren Rumpf heute ein Stadtteil von Tel Aviv ist, ist Jahrtausende alt. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts war sie eine der lebendigsten und kosmopolitischsten Städte des Nahen Ostens - kulturell, ökonomisch und politisch. In ihrem Umland wurden über Jahrhunderte Orangen kultiviert, der Export der palästinensischen "Jaffa-Oranges" durch den Hafen gewährleistet. Anhand von einzigartig komponiertem Archivmaterial spürt Eyal Sivan in 'Jaffa, The Orange's Clockwork' der Orangen-Marke nach. Er zeigt israelischen und palästinensischen Intellektuellen und Mitarbeitern der Zitrusindustrie alte Fotos, frühe Filmaufnahmen, Werbefilme und Plakate, politische Poster sowie Malerei rund um die Frucht. Sie erinnern, reflektieren und analysieren am Beispiel der Jaffa-Orangen ihre eigene Geschichte und die ihres Landes. Die unterschiedlichen, sich ergänzenden Narrative brechen Mythen und schreiben eine Geschichte jenseits nationalistischer Historiographie. Gleichzeitig zeigt die visuelle Selbstdarstellung der zionistischen Marke "Jaffa" die systematische Schaffung einer Legende.

Eyal Sivan, F/IL/B/D 2009, 88 min, Dokumentarfilm, Hebräisch/ Arabisch/ Engisch/ Französisch
Untertitel: Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch, Russisch, Hebräisch, Arabisch
Bonus: Interview mit dem Regisseur, Fotoalbum, historische Karten, 52 min-Fassung des Films. (Untertitel des Bonusmaterials Englisch und Französisch)
PAL, kein Ländercode, sofort lieferbar

Homevideo 26,- €
Ö-Rechte 100,- €
V+Ö-Rechte 150,- €
zzgl. Versandkosten

Institutionen wenden sich bitte an info@mecfilm.de

Palästina Journal

Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Humanitäre Hilfe: Kindergarten in Khan Yunis/ Gazastreifen

Unter den ständigen militärischen Attacken und der Blockade des Gazastreifens leiden besonders die Kinder. Viele Familien können ihren Kindern nur eine Mahlzeit am Tag bieten. Sauberes Trinkwasser ist Mangelware. Die Folge sind gravierende Gesundheitsschäden bei vielen Kindern. Bis zu 80% der Kinder sind traumatisiert. Sie leiden unter Ängsten, Schlafstörungen, Alpträumen und unter der weitverbreiteten Armut. Seit dem Jahr 2000 fördert und unterstützt der Deutsch-Palästinensische Frauenverein e.V. (DPFV) einen Kindergarten für 100 Kinder in der Stadt Khan Yunis in der Mitte des Gazastreifens.

Kindergärten wie der in Khan Yunis sind ein Ort der Geborgenheit für die Kinder im Gazastreifen, wo sie für einige Stunden am Tag bei fröhlichem Beisammensein, beim Basteln, Singen und Spielen ihren Alltag vergessen und ihre Fähigkeiten entwickeln können. Die Kinder im Kindergarten von Khan Yunis sind zwischen drei und sechs Jahre alt und werden von fünf Erzieherinnen liebevoll betreut. Die Kinder bekommen im Kindergarten zu essen und bei besonderen Gelegenheiten auch neue Kleidung. Die Erzieherinnen sorgen dafür, dass die Kinder regelmäßig gesundheitlich untersucht werden, informieren über richtige Zahnpflege oder Erste Hilfe und leisten psychologische Betreuung, in die sie auch die Eltern miteinbeziehen. Maltherapie, Volkstanz oder darstellendes Spiel helfen den Kindern, ihre Traumata zu verarbeiten. Ein Höhepunkt des Jahres ist der Muttertag am 21. März.

Noch wichtiger für die Kinder sind die sogenannten summer camps in den Schulferien. Hier werden Ausflüge gemacht, z.B. nach Gaza City oder wenn es nicht zu gefährlich ist, an den drei Kilometer entfernten Strand. Manchmal dürfen sich auch die Kinder zweier Kindergärten gegenseitig besuchen. Das ist immer ein großes Fest.

Für den Kindergarten werden jährlich ca. 25.000 Euro benötigt. Der Deutsch-Palästinensische Frauenverein beteiligt sich mit jährlich mindestens 10.000 Euro. Besonders willkommen sind „Projektpaten“, die regelmäßig monatlich oder vierteljährlich einen bestimmten Betrag spenden. Aber auch jede Einzelspende!

Der Kindergarten in Khan Yunis wird von der Frauenorganisation „Palestine Women's Union“ (PWU) betrieben, einer altingesessenen und renommierten Frauenorganisation, die im Gazastreifen drei Frauenzentren und mehrere Kindergärten eingerichtet hat. Alle Vorstandsmitglieder und die meisten Mitarbeiterinnen der PWU arbeiten ehrenamtlich, viele sind Akademikerinnen. Die derzeitige Vorsitzende, Laila Klaibo, ist gleichzeitig Geschäftsführerin des Kindergartens und Kontaktperson für den Deutsch-Palästinensischen Frauenverein.

Viele Grüße aus Berlin
Ingrid Koschorreck

P.S. In der letzten Ausgabe des Palästina Journals hatten wir um Spenden für das Dorf "Jiftlik" im Jordantal gebeten. 960 Euro sind dafür zusammen gekommen. Die DPG sagt allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank.



Fotos: Karin Steinbrinker

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „Kindergarten Khan Yunis“, Sparda West e.G., Düsseldorf, Konto-Nr. 339210, BLZ 37060590

„Gaza war“



Sharif Sarhan - Windows For Contemporary Art - www.shareefphoto.ps

Sharif Sarhan ist 1976 in Gaza geboren. Er arbeitet als Künstler, Fotograf und Designer. Er ist Mitbegründer der Künstlergruppe "Windows from Gaza for Contemporary

Art" und aktiv in der palästinensischen Künstlervereinigung. Sarhan hat in den USA Kunst studiert. Er hat seine Arbeiten in zahlreichen Einzel- und Gruppenausstel-

lungen gezeigt, im Künstlerdorf Gaza, der Hafen-Galerie, in Ramallah, Betlehem, Jerusalem, Amman, Großbritannien, USA, Spanien, Schweden, Sharjah und Kairo.

Identitätskarte

von Mahmoud Darwish

Schreib auf:
Ich bin Araber.
Ausweisnummer 50 000.
Kinder Acht.
Das neunte kommt Ende des Sommers.
Macht dich das wütend?

Schreib auf:
Ich bin Araber.
Beschäftigt: Im Steinbruch mit Kameraden.
Für meine acht Kinder breche ich Brot, Kleider und Schulheft Aus dem Fels.
Denn ich werde nicht als Bettler Vor deiner Tür stehen.
Macht dich das wütend?

Schreib auf:
Ich bin Araber.
Ohne Nachname. Nur ein Vorname.
Mit unendlicher Geduld habe ich In einem Land.
Wo die Menschen mit dem Zorn leben, Meine Wurzeln geschlagen,
Noch vor der Geburt der Zeit,
Vor der Zypresse und dem Olivenbaum,
Noch vor dem Wachsen des Grases.
Mein Vater: Aus einer Familie von Pflügern,
Nicht aus den Kreisen der Herren.
Mein Großvater: Ein Bauer,
Ohne Herkunft und Rang.
Er lehrte mich die Achtung vor der Sonne
Noch vor dem Lesen der Bücher.
Mein Haus: Eine Hütte
Aus Zweigen und Schilfrohr.
Gefällt dir das, so wie ich bin?
Ohne Nachname. Nur ein Vorname.

Schreib auf:
Ich bin Araber.
Haarfarbe: Kohlrauschwarz.
Augen: Kaffeebraun.
Besondere Kennzeichen:
Eine festgeschnürte Kuffiye auf dem Kopf
Und meine Hand hart wie Stein,
Rauh für den, der sie berührt.

Meine Adresse:
Ich komme aus einem friedlichen,
Vergessenen Dorf,
Wo die Straßen keine Namen haben
Und alle Männer auf den Feldern und Im Steinbruch arbeiten.
Schreib auf:
Ich bin Araber.
Macht dich das wütend?

Schreib auf:
Ich bin Araber.
Ihr habt die Weingärten meiner Väter gestohlen
Und das Land, das ich bestellte
Zusammen mit meinen Kindern.
Ihr habt uns und allen meinen Enkeln
Nur diese Felsen hier übriggelassen.
Und ich habe gehört,
Dass eure Regierung
Uns auch die noch wegnehmen will.

Also:
Schreib auf! Ganz oben!
Ich hasse die Menschen nicht,
Und ich greife auch niemanden an.
Aber wenn ich Hunger habe,
Esse ich das Fleisch meines Unterdrückers.
So hüte dich, hüte dich
Vor meinem Hunger und meinem Zorn.

Gedicht aus dem Jahre 1964. Übersetzt von Mohsen Ben Mohamed und Michael Schiffmann. Aus: Palästina als Metapher, Gespräche über Literatur und Politik, Heidelberg 1998.

Impressum

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
Postfach 15 04 26; 10666 Berlin;
Hektorstraße 17, 10711 Berlin
dpg@dpg-netz.de; www.dpg-netz.de

Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Dr. Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Dieter Neuhaus (Frankfurt)
Petra Schöning-Raspe (Köln)
Jürgen Sandler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift
redaktion@dpg-netz.de

Satz und Layout

TS DESIGN
CORBIESTRASSE 1 • HÖXTER
TELEFON 05271 959477
WWW.TSDESIGNMEDIA.DE

Druck

diebilligdruckerei.de
www.diebilligdruckerei.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
zweimal jährlich.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Jahresabo: 6,00 €
Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
Konto-Nr. 300 339 210, BLZ 370 605 90

gefördert durch

eed
Evangelischer
Entwicklungsdienst